

Reichstag.

(Schluß.)

Reichskanzler v. Caprivi: Wenn auch die auswärtige Politik hier gestreift worden ist, so kann ich mich einer Schilderung der politischen Lage um so eher enthalten, als die Thronrede das, was darüber zu sagen wäre, mit klaren Worten ausgedrückt hat. Im Gegensatz zu dem, was der Abg. Liebknecht geäußert hat, muß ich dankbar anerkennen, daß die Erbschaft, die ich von meinem Amtsvorgänger in Bezug auf die äußere Politik übernommen habe, die denkbar glücklichste ist. (Bravo!) Ich habe Verhältnisse vorgefunden, die fürs erste mich zu keiner Action nöthigen. Wir stützen unsere auswärtige Stellung einmal auf unsere eigene Kraft, die wir, um die Bündnisse zu erhalten, nicht hoch genug steigern können; dann aber vertrauen wir auf die festen Bündnisse um so mehr, als sie sich immer mehr auch in die Stimmung der Bevölkerung einleben. (Bravo! rechts.) Wenn mir der Hr. Abg. Liebknecht den Rath gegeben hat, ich sollte in der auswärtigen Politik abwiegen, so würde ich in Verlegenheit sein, wie dieser Rath zu befolgen ist, denn ich wüßte nicht, wo aufgewiegelt worden ist. (Sehr gut! rechts.) Bei der gegenwärtigen Vorlage handelt es sich nicht um die Nähe, sondern um die Schwere eines Krieges, dem vorgebeugt werden soll. Wenn Fürst Bismarck im Januar 1887 die Lage, die bei uns eintreten würde, wenn wir geschlagen wären, geschildert hat, so wäre ich nicht im Stande, das besser zu machen oder nur zu behaupten, es liege heutzutage ein Jota anders. Wenn wir geschlagen würden, so würde das saigner au blanc auch nicht vor den Herren Socialdemokraten Halt machen, auch sie würden zur Aber gelassen bis aufs Weiße. (Beifall rechts.) Es ist in einer neulich erschienenen Broschüre behauptet worden, daß sie einen dem Auswärtigen Amt nahestehenden Offizier zum Verfasser habe. Ich habe auch nicht ein Wort in den Akten gefunden, das diese Voraussetzung rechtfertigte. Die Broschüre geht in Bezug auf Rußland hauptsächlich auf zwei Momente hinaus. Einmal will sie uns glauben machen, daß unser fernerer Beruf das Germanisiren weit in das Glanzenland hinein wäre. Wer nur die Lage unseres Vaterlandes einigermaßen kennt, weiß, daß wir 80 Jahre nach der Besitzergreifung der Provinz Posen noch nicht dahin gekommen sind, diese Provinz so zu germanisiren, wie viele wünschen und von früheren Regierungen angestrebt worden ist. Noch heute haben wir mitten in Deutschland wendische Enclaven und noch heute werden in Litaunien und Masuren die Nachmittagspredigten vielfach in einem anderen als dem deutschen Idiom gehalten. Innerhalb unserer eigenen Grenzen ist also noch ein so reiches Feld zum Germanisiren (Sehr richtig! rechts), daß wir nicht nothwendig haben, darüber hinauszugehen. Das zweite Motiv, das der Verfasser aus seiner Antipathie gegen Rußland schöpft, ist das: wir müssen Herr der Ostsee werden, unsere Küste ist zu kurz. Ich bin fünf Jahre Chef der Admiralität gewesen, aber auf den Einfall, daß unsere Küsten an der Ostsee zu kurz wären, bin ich niemals gekommen (Heiterkeit rechts), auch in den Handelsstädten hat noch niemand darüber geklagt, daß er nicht noch mehr Concurrenten hat, sondern nur, daß es an Hinterland gefehlt hat. Den Glauben also, als ob diese

Broschüre in Folge einer Verbindung mit politischen Kreisen einen tieferen Einblick in die Verhältnisse bieten möchte ich beseitigen. — Hr. Abg. Hänel hat das Verlangen nach einem Reichsfinanzministerium im Einverständnis mit Hr. Abg. Richter ausgesprochen. Herr Richter war der Meinung, das Reichsfinanzministerium sei um so nothwendiger, als der jetzige Reichskanzler von den Finanzen nichts verstehe. Zugegeben, — aber ist es dann nicht das natürlichste, daß der jetzige Reichskanzler sich noch viel mehr auf den Schatzsekretär stützt und ihm mehr Selbstständigkeit giebt, als der vorige, daß also die Motive, die Sie zu klagen veranlassen, gerade dadurch, daß der Reichskanzler weniger geneigt sein kann, wenn er einigermaßen Pflichtgefühl hat, in die Finanzen einzugreifen, beseitigt sind? Weiter kamen zum zweiten Male gewisse Desiderien zur Sprache, die sich nicht an das Gesetz knüpfen, sondern an den umfassenden Organisationsplan, den der Herr Kriegsminister vorlegen wird. Ich habe hier ein Mißverständnis zu beseitigen. Ich erinnere mich nicht, daß der Herr Minister gesagt hat, er wolle einen umfassenden Organisationsplan vorlegen; er hat nur von Grundzügen gesprochen, die über den Rahmen des Ihnen vorgelegten Gesetzes hinausgehen und eine Perspective in die Zukunft eröffnen. Von einem festen Plan kann aber um so weniger die Rede sein, als die verbündeten Regierungen sich über einen solchen noch nicht schlüssig gemacht haben. Im wesentlichen becken sich die Forderungen der Abgg. Hänel und Richter. Sie kommen auf drei Dinge hinaus: zuerst die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Ich glaube, jeder Soldat würde mit ihm übereinstimmen; denn die Folge der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht würde zur Zeit eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um mindestens 50 Procent bedeuten. So groß ist die Zahl derjenigen, die wehrfähig sind, aber nicht eingereicht werden, weil die Stellen für eine so große Anzahl fehlen. Das Drückende dieser persönlichen Last ist schroff dargestellt worden. Die jetzt gültige Präsenzstärke ist auf 486 409 Mann festgesetzt. Das ist 1 % der Bevölkerung von 48 850 000. Im Jahre 1816, also unmittelbar nach einem Kriege, der das kleine Preußen erschöpft hatte, betrug der Procentsatz der in das stehende Heer eingereichten Ziffer der Bevölkerung 1,25, also $\frac{1}{4}$ mehr, als was wir heute stellen. Allmählich, in den 20er Jahren, sinkt diese Zahl, im Jahre 1832 ist sie auf 1 % der Bevölkerung heruntergekommen, sie sinkt weiter und kommt auf die niedrigste Ziffer, die sie jemals in Preußen gehabt, auf 0,79 %, und zwar, meine Herren, war das im Jahre 1850, in den unglückseligen Tagen von Olmütz. Jeder, der die neueste Geschichtsschreibung gelesen hat, welche Rolle um diese Zeit der Mangel an Schlagfertigkeit der Armee gebildet hat (Hört, hört! rechts), wie weit das in unsere Verhältnisse eingegriffen hat. 1860 beim Beginn der Reorganisation war der Procentsatz 1,10. 1861 stieg er auf 1,12. Unmittelbar nach Beendigung des Krieges hat man das Gefühl gehabt, daß für absehbare Zeit das Heer stark genug sein werde, daß daher bei dem Wachsen der Bevölkerung sich die Classen verringern würden. So ging allmählich die Präsenzziffer hinter 1 pCt. zurück, 1875 auf 0,99 pCt. Wenn aber das jetzige Gesetz angenommen wird, dann werden wir voraussichtlich in Bezug auf die Bevölkerungszahl es wieder auf 1 pCt. gebracht haben. Unter diesen

Verhältnissen kann von einer übermäßigen Belastung nicht die Rede sein. (Sehr richtig! rechts.) Kommt der Krieg, dann darf kein wehrfähiger Mann zu Hause bleiben. Wir müssen also so organisiren, daß alle zum Waffendienst ausgehobenen Leute fähig sind, die Waffe auszunutzen. Das ist nichts weiter als eine stricte Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht des alten Scharnhorst'schen Gedankens. Stehende Heere im Frieden wirken für die Staaten ungefähr wie eine Versicherung gegen Feuer für den Einzelnen. Sie sind eine unproductive Ausgabe, die man am liebsten von Jahr zu Jahr aufschieben würde, wenn man die Sicherheit haben könnte, daß es nicht brennen würde. Je höher der Staat sich sichert, wenn er ein zahlreiches Heer einführt, um so geringer wird nicht bloß der etwaige Schaden sein, sondern um so unwahrscheinlicher wird der Schaden überhaupt. (Sehr wahr! rechts.) — Nun ist aus der Conflictzeit herkömmlich, daß wenn von Erhöhung der Präsenzstärke gesprochen wird, sich daran unmittelbar die Forderung der Verkürzung der Dienstzeit anschließt. Es ist Thatsache, daß wir bis zu einem Theile unserer Armee die 3jährige Dienstzeit factisch garnicht haben. Sie aber principiell aufzugeben, würde ich nicht rathen können. Wir wissen nicht, vor welchen technischen Veränderungen wir in Bezug auf die Bewaffnung stehen. Es ist neulich hier der vollkommen zutreffende Vergleich gemacht worden zwischen einer Flinte und dem Gewehr M. 88; in dem Maße, als diese beiden Waffen von einander verschieden sind, sind auch die Ansprüche, die an die Ausbildung des Soldaten gestellt werden, verschiedene. Die Schwierigkeiten, die in der Ausbildung seit den letzten Decennien entstanden sind, sind kolossal. Ich behaupte, die Physiognomie von Berlin beweist das schon. Der spaziergehende Soldat ist an Wochentagen von der Straße verschwunden, an den Sonntagen können Sie vielleicht noch einen oder den anderen sehen, und dann auch nicht mehr immer in so angenehmer Gesellschaft, weil ihm eben an den Wochentagen die Möglichkeit gefehlt hat, Beziehungen anzuknüpfen. (Große Heiterkeit.) Ein anderes Moment gegen jede principielle Verkürzung der Dienstzeit liegt in der Schwierigkeit, die Truppe zur Disciplin zu erziehen. Eine Armee ohne Disciplin ist das Geld nicht werth, was sie kostet. Wenn ich von der Disciplin verlangen muß, daß sie die Untergebenen des Vorgesetzten dazu befähigt, ihm, ohne auch nur zu reflectiren, in den Tod zu folgen, so ist das eine Leistung, die von keiner anderen Institution im Staate gefordert wird, die einer so vorsichtigen Behandlung bedarf, daß ich einer Aenderung der Dienstzeit, welche die Disciplin gefährden könnte, nur schwer zustimmen würde. Daß aber die Erhaltung der Disciplin ungleich schwerer wird, wie früher, das beweist ein einfacher Blick auf die Agitation, die im Lande seitens einer zahlreichen Partei getrieben wird. Noch hat die Partei zu meiner Freude, soweit ich sehen kann, nicht den mindesten Einfluß auf die Disciplin in der Armee geübt, aber wir müssen berücksichtigen, daß uns eine zuchtlose Jugend heranwächst, die zur Disciplin zu erziehen ungleich schwieriger ist, als dies früher der Fall war. (Sehr wahr! rechts.) — Die dritte Forderung, welche Herr Richter stellte, war die jährliche Bemessung der Präsenzstärke. Er will vom Septennat nichts mehr

wissen, das ist nicht wesentlich eine militärische Frage; es ist eine Frage, über die sich reden läßt. Warum sollen es gerade sieben Jahre sein, es können auch neun, fünf, drei Jahre sein. Darüber kann man streiten, und ich gebe zu, wenn einmal die Scharnhorst'sche Idee, also die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, in die Hand genommen wird, es mit siebenjährigen Perioden nicht mehr gehen wird weil mit steigender Bevölkerungsziffer auch die Zahl der präsenten Menschen bei der Fahne wachsen soll. Man könnte also beispielsweise — ich spreche hier nur meine persönliche Ansicht aus — auf den Gedanken kommen, eine fünfjährige Frist zu nehmen in Uebereinstimmung mit der Legislaturperiode und auch der Volkszählung. Also das ist ein Gebiet, auf dem mehr der Politiker mitzureden haben wird, als der Soldat, es ist aber keine Frage, die das Sein oder Nichtsein der Armee in Frage stellt. (Hört, hört! links.) Ja, wenn Sie von dieser Aeußerung so befriedigt Akt nehmen, so möchte ich doch sagen, daß ich weder befugt bin, in dieser Beziehung ein Zugeständniß zu machen, noch auch, daß ich für meine Person gemillt wäre, es über fünf Jahre hinaus auszudehnen. Im übrigen weiß ich, daß die Vorlage in der Commission am besten vertreten sein wird, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß sie ihre Annahme finden wird. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. v. Mantuffel (cons.): In den Reihen der deutsch-conservativen Partei wird die Dankbarkeit gegen den Fürsten Bismarck nie erlöschen für das, was er dem deutschen Lande und Volke geleistet hat. Von einem Abrüstungscongreß ist wenig zu hoffen. Der einzige Abrüstungscongreß, der bisher in die Erscheinung trat, war von Napoleon III. angeregt und seine Folge war der Ausbruch des Krieges von 1866. So möchte es bei ähnlichen Abrüstungscongressen wieder gehen. Was die Schaffung eines Reichsfinanzministers betrifft, so glaube ich nicht, daß sie thatsächlich möglich ist durch eine einfache Cabinetsordre; damit träte eine theilweise Aufhebung der Reichsverfassung ein und geschehe ein Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten, den wir unmöglich wollen können. Wir erwarten in der Commission noch die Begründung der Vorlage, wir sind ja auch weit davon entfernt, uns für das Gesetz ohne weiteres zu erwärmen, ohne daß uns noch sehr erhebliche Aufschlüsse gegeben werden. Ich bin dem Kaiser dankbar dafür, daß durch seine Haltung er es dahin gebracht hat, daß in Deutschland niemand mehr zweifelt, daß uns der Friede noch für eine längere Zeit gewährleistet ist. Aber sollen wir deshalb uns diesem Gesetz gegenüber ablehnend verhalten? Für die Völker und Parteien außerhalb Deutschlands können die Herren Pappe und Liebknecht nicht als Garanten der friedlichen Gesinnung auftreten, weder für die Franzosen, noch für das heilige Rußland. Der Einfluß der französischen Chauvinisten auf die Volksstimmung ist unberechenbar. Die Gesamtausgaben für unsere Wehrkraft haben in den letzten vier Jahren 2 Milliarden betragen, in Frankreich dagegen in der gleichen Zeit über 5 Milliarden. Die Verkürzung der dreijährigen Dienstzeit der Infanterie wäre ungerecht; so lange man die dreijährige Dienstzeit für die Cavallerie und Artillerie beibehält. Die berittlenen Truppen rekrutiren sich meist aus der Landwirthschaft, und diese würde durch die Maßregel hart betroffen. (Sehr wahr! rechts.) Da übrigens

